



Regierung und Verwaltung auf einen Blick 2011

Zusammenfassung in Deutsch

- Die Messung von Regierungsleistungen wird schon lange als notwendig für mehr Effizienz im öffentlichen Sektor anerkannt. Nach der Steuer- und Wirtschaftskrise, die 2008 begann, werden genaue und rechtzeitig verfügbare Daten mehr gebraucht denn je, um Regierungen zu helfen, angemessene Entscheidungen darüber zu treffen, wie und wann Ausgaben priorisiert, Kosten reduziert und Innovationen im öffentlichen Sektor gefördert werden können. Die Genesung der öffentlichen Finanzen in der OECD hat in 2010 viele Regierungen dazu veranlasst, Haushaltskürzungen fortzusetzen, öffentliche Gehälter einzufrieren oder die Anzahl der Regierungsbeamten zu senken. Die Ergebnisse von Regierung und Verwaltung auf einen Blick 2011 haben großen Einfluss auf die politischen Fragen und Probleme, die die derzeit von den meisten OECD-Ländern durchgeführten Sparmaßnahmen aufwerfen.
- Regierung und Verwaltung auf einen Blick enthält fast 60 Indikatoren sowohl für Mitglieds- als auch für Partnerländer, die zusammengestellt wurden, um Entscheidungsträgern bei der öffentlichen Analyse zu helfen und Regierungsleistungen zu bewerten. Die Veröffentlichung enthält Daten aus der gesamten "Produktionskette" von Regierungsaktivitäten: Informationen über Einkommen, Inputindikatoren zu Regierungsausgaben, Beschäftigung und Vergütung, Produktion und Ergebnisse der Regierung als Ganzes sowie von einzelnen Bereichen wie Erziehung, Gesundheit und Steuerverwaltung. Weiter veröffentlicht Regierung und Verwaltung auf einen Blick vergleichende Daten von Praktiken in der öffentlichen Verwaltung bezüglich Transparenz und Integrität, Regulierungs- und Personalmanagement im öffentlichen Dienst sowie die Erbringung von Dienstleistungen. Solche Indikatoren geben Einblick in politische Ansätze und liefern praktische Beispiele dazu, was funktioniert und was nicht. Sie haben zudem das Ziel, die öffentliche Debatte über die Reformpolitik im öffentlichen Dienst zu informieren.

Regierungen sind wichtige Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft und müssen gut funktionieren.

Regierungen müssen Wirtschaftswachstum und soziale Entwicklung fördern, Waren und Dienstleistungen bereitstellen, das Verhalten von Unternehmen und Privatpersonen regulieren und Einkommen verteilen. Umfang und Reichweite ihrer Aktivitäten zeigen sich darin, dass in 2009 die globalen Regierungsausgaben in den OECD-Mitgliedsländern durchschnittlich fast die Hälfte des BIP darstellten. Dieser Betrag belief sich im gleichen Jahr auf ungefähr 16.000 US-Dollar KKP pro Person. In den meisten OECD-Ländern war der Sozialschutz mit durchschnittlich fast 34% der Gesamtausgaben in 2008 der größte Ausgabenposten. Ein beträchtlicher Anteil an den Gesamtausgaben entfiel auch auf Gesundheit (14,7% der Gesamtausgaben), allgemeine öffentliche Dienste (13,1% einschließlich Zinszahlungen für Schulden) und Erziehung (13,1%). Neben ihrer Ausgabenhoheit sind Regierungen auch wichtige Arbeitgeber: Durchschnittlich arbeitet in der OECD nahezu ein Viertel des gesamten Personalbestandes für die Regierung.

Regierungen haben ihren wirtschaftlichen Einfluss nach der Krise beträchtlich ausgedehnt.

Daten aus Regierung und Verwaltung auf einen Blick zeigen, in welchem Umfang die Regierungsausgaben im Verhältnis zum BIP vor und nach der Krise gestiegen sind. In der Zeit vor der Krise, also zwischen 2000 und 2007, haben die OECD-Länder den Anteil ihrer Regierungsausgaben um durchschnittlich 0,6 Prozentpunkte des BIP gesenkt. Nach Ausbruch der Krise erhöhte sich jedoch der Anteil der Regierungsausgaben in der OECD von 2007 bis 2009 um 4,9 Prozentpunkte. Nur ein Teil dieser Steigerung verweist auf den Rückgang des BIP, ein anderer Teil verweist auch auf die gestiegenen Regierungsausgaben aufgrund der Notwendigkeit, das Finanzsystem zu stabilisieren und die Wirtschaft nach der Krise anzukurbeln. Von 2007 bis 2009 verbuchten Irland (+ 12,1 Prozentpunkte) und Estland (+ 10,8 Prozentpunkte) die höchsten Steigerungsraten der Regierungsausgaben als Anteil am BIP.

Viele OECD-Länder müssen beträchtliche Steuerkonsolidierungspläne umsetzen, um ihre Schulden zu reduzieren oder zu stabilisieren.

In der OECD herrscht allgemeiner Konsens darüber, dass die öffentlichen Finanzen in vielen OECD-Ländern auf einem unhaltbaren Weg sind. Um die Auswirkungen der Steuerpolitik in den nächsten Jahren besser zu verstehen, hat die OECD Schätzungen für den Bedarf an Steuerkonsolidierungen der Länder aufgestellt. Diesen Schätzungen zufolge wird durchschnittlich eine Erhöhung von fast 4% des potentiellen BIP von den Steuerpositionen in 2010 benötigt, um die Schuldenstandsquote bis 2026 zu stabilisieren. Darüber hinaus wird in den nächsten 15 Jahren durchschnittlich ein Ausgleich von 3 Prozentpunkten des BIP gefunden werden müssen, um dem Ausgabendruck aufgrund von altersbezogenen Kosten einschließlich Gesundheitsvorsorge und Renten begegnen zu können. Um einen Weg für Steuernachhaltigkeit zu finden, müssen sich Bürger, Unternehmen und Regierungen darüber einigen, welchen Dienstleistungsstand die Öffentlichkeit von den Regierungen erwartet und in welchem Umfang sie bereit ist, für diese Dienstleistungen zu bezahlen.

Die meisten OECD-Länder ergreifen Maßnahmen für die Reduzierung oder Umstrukturierung des öffentlichen Dienstes oder planen solche Maßnahmen.

Über drei Viertel der OECD-Länder, die sich an der OECD-Studie über strategisches Human Resource Management von 2010 beteiligt haben, erklären, dass sie Reformen zur Reduzierung ihres derzeitigen Personalbestandes im öffentlichen Dienst in der Zentralregierung umsetzen oder planen. Überdies haben fünfzehn OECD-Länder Ersatzraten eingeführt, um die Lücken zu füllen, die von dem in Rente gehenden Personal gelassen wurden. Diese Raten reichen vom Ersatz jedes 10. Arbeiters in Ländern wie Spanien bis 8 von 10 in Israel oder Korea.

Neue Kompensationsdaten für wichtige Positionen in der Zentralregierung verweisen auf weitgehend gleiche Zahlungsstrukturen im öffentlichen Dienst.

Zum ersten Mal hat die OECD Daten über Vergütungen von Angestellten der Zentralregierung in Schlüsselministerien gesammelt, insbesondere von oberen Führungskräften, mittleren Führungskräften, Fachkräften und Sekretärinnen. Für diese Berufe zeigen die Daten die relative Gesamtvergütung in den OECD-Ländern, einschließlich Löhne und Gehälter sowie Sozialleistungen und zukünftige Rentenbezüge. Im Durchschnitt belief sich die Gesamtvergütung von oberen Führungskräften in den antwortenden Ländern in 2009 auf knapp unter 235.000 US-Dollar KKP, während Fachkräfte wie Wirtschaftswissenschaftler oder Statistiker ungefähr 90.000 US-Dollar KKP jährlich verdienen haben. Chefsekretärinnen und Verwaltungssekretärinnen haben im Durchschnitt zwischen 50.000 und 60.000 US-Dollar KKP verdient. Im öffentlichen Sektor verweisen die Daten auf ähnliche Bezahlungsstrukturen: Obere Führungskräfte in Zentralregierungen (können stellvertretenden Ministern oder Regierungschefs gleichgestellt werden) verdienen durchschnittlich doppelt so viel wie politische Analysten und ungefähr viereinhalb Mal soviel wie Sekretärinnen. Regierung und Verwaltung auf einen Blick 2011 liefert auch Daten über den durchschnittlichen Jahreslohn von Lehrern, Ärzten und Krankenschwestern im Verhältnis zu anderen akademischen Berufen auf dem Arbeitsmarkt.

Die Offenlegung privater Interessen solcher "gefährdeter" Regierungsämter werden nicht immer verlangt oder für öffentliche Kontrollen zur Verfügung gestellt.

Regierung und Verwaltung auf einen Blick 2011 liefert neue Daten über private Interessen in den drei Regierungszweigen sowie über die Offenlegungspflicht von "gefährdeten" Positionen wie Finanzbehörden, Auftragsvergebern und Steuer- und Zollbeamten. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Prävention potentieller Interessenskonflikte in gefährdeten Bereichen primär auf die Offenlegung und das Verbot von Ämtern und Geschenken von außen konzentriert. 63% der Mitgliedsländer verlangen unterdessen keine Finanzregulatoren zur Offenlegung vorheriger Dienstverhältnisse und über die Hälfte der Länder verlangen keine Offenlegung von Einnahmequellen und Beträgen für diese Ämter.

Unternehmen nutzen Online-Regierungsdienste mehr als Bürger.

Sowohl Bürger als auch Unternehmen bevorzugen und beanspruchen beim Kontakt mit Regierungen zunehmend digitale Kanäle. Obwohl die Nutzung der Bürger von Onlinediensten in den letzten Jahren in allen von der Europäischen Kommission geprüften OECD-Ländern gestiegen ist, nutzen nach wie vor Unternehmen die Vorteile der Dienstleistungen von E-Governments besser. Im Durchschnitt haben in 2010 ungefähr 80% der Unternehmen Dienstleistungen des E-Government in Anspruch genommen, während es unter den Bürgern nur 40% waren. Dieser größere Rückgriff auf Onlinedienste von Unternehmen erklärt sich durch die breitere Nutzung von Breitband in Unternehmen sowie durch Anreize der Regierung für die Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel bei Aktivitäten wie der öffentlichen Auftragsvergabe. Der gesteigerte Rückgriff von Nutzern wird entscheidend dazu beitragen, dass E-Government-Dienste zu einer kosteneffizienten und machbaren Lösung für die Bereitstellung von Regierungsdienstleistungen werden.

Länder ergreifen durch die Öffnung von Regierungsinformationen und Daten Maßnahmen zur Wiederherstellung des Vertrauens.

Gesetze für die Informationsfreiheit sind eine wesentliche Stütze für eine offene Regierung und tragen zur Transparenz bei, verstärken die Rechenschaftspflicht der Regierungen und fördern eine aufgeklärte Beteiligung am politischen Prozess. Heute haben bis auf ein Land alle Länder, die sich an der Open-Government-Umfrage der OECD von 2010 beteiligt haben, Gesetze/Vorschriften zur Informationsfreiheit, um das Recht auf Informationszugang zu gewährleisten. In den meisten OECD-Ländern erreichen Gesetze über die Informationsfreiheit vertikal alle Regierungsebenen und ungefähr die Hälfte davon horizontal alle Bereiche der Zentralregierung (Legislative, Judikative und Exekutive). Darüber hinaus veröffentlichen alle OECD-Länder öffentliche Informationen, obwohl die

Art der offengelegten Informationen sehr unterschiedlich ist: Die Mehrheit der Länder legt Budgetinformationen, jährliche Ministerialberichte und Auditberichte offen, eine kleinere Anzahl veröffentlicht Listen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst und deren Gehälter. In der OECD steigt die Tendenz, Verwaltungsinformationen in offenen Datenformaten zu veröffentlichen. Dies ermöglicht die Wiederverwendung öffentlicher Informationen durch andere Parteien und fördert Innovation.

Strategisches Denken und starke Führung im öffentlichen Dienst sind wichtiger denn je.

Die Bildung von Regierungskapazitäten für strategische Vorsorge und Risikomanagement ist wichtig, um künftige Krisen abzuschwächen und sich den ständig ändernden Bedingungen anzupassen. Neue Daten über den Umfang, in dem OECD-Regierungen in Zentralregierungen strategische Managementpraktiken einsetzen, zeigen, dass zwar die meisten Länder bei Problemen wie dem demografischen Wandel über Personalplanungsmechanismen verfügen, die meisten solche Mechanismen aber nur im Einzelfall anwenden. Andere Themen wie Möglichkeiten der Auslagerung und/oder der Eingliederung von Informationstechnologien in Dienstleistungen werden bei den Planungen der Personalabteilungen weniger berücksichtigt. Die Entwicklung strategischer Maßnahmen, die die sich ändernden Tendenzen und Bedürfnisse der Bürger einbeziehen, ist sicher wichtig, doch eine effiziente und kohärente Umsetzung solcher Initiativen in der ganzen Regierung erfordert auch durchsetzungsfähige und talentierte hohe Verwaltungsbeamte. Die meisten OECD-Länder betrachten führende Verwaltungsbeamte als separate Gruppe in ihrem allgemeinen Beschäftigungsrahmen. Umfragen haben jedoch ergeben, dass - in der Praxis - manche OECD-Länder besser bei der frühzeitigen Identifizierung von potentiell führenden Verwaltungsbeamten sind als andere und mehr auf ihre Leistungsbewertung achten oder sie zu Höchstleistungen anspornen.

Der Umfang der durchschnittlichen öffentlichen Auftragsvergabe in den OECD-Ländern ist beträchtlich und bedeutet sowohl eine Gefahr als auch eine Chance.

Der geschätzte Umfang der öffentlichen Vergabemärkte liegt im OECD-Raum durchschnittlich bei über 12% des BIP. Aus diesem Grund haben Regierungen enorme Möglichkeiten bei der Nutzung der Auftragsvergabe als politisches Mittel zur Förderung von Innovation und Nachhaltigkeit bei Produktion und Konsum. Trotzdem haben nur 57% der Länder zum Beispiel eine offizielle Definition von grüner Beschaffung und nur wenige Länder sammeln Daten über die Anzahl oder den Wert von Verträgen, die aufgrund von "grünen" Kriterien vergeben werden. Gleichzeitig sind Umfang und Komplexität solcher Geschäfte anfällig für Verschwendung, Betrug und Korruption. Regierungen müssen diese Gefahr durch mehr Transparenz und Offenlegung begrenzen.

Diese und andere wichtige Erkenntnisse von Regierung und Verwaltung auf einen Blick 2011 veranschaulichen die Aufgabe, die Beweise bei der Politikgestaltung spielen können und sollten. Weitere Informationen zu dem Projekt, zusätzliche Daten und Anmerkungen der einzelnen Länder sind verfügbar unter: www.oecd.org/gov/indicators/govtaglance. Die Veröffentlichung bietet auch StatLinks an, einen Service, der Lesern das Herunterladen der entsprechenden Excel-Dateien der vorgelegten Daten ermöglicht.

© OECD

Diese Zusammenfassung ist keine offizielle OECD-Übersetzung.

Die Wiedergabe dieser Zusammenfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.

Zusammenfassungen in Drittsprachen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen, deren Originalfassungen in englischer und französischer Sprache veröffentlicht wurden.

Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich unter Bookshop www.oecd.org/bookshop

Wegen zusätzlicher Informationen wenden Sie sich bitte direkt an die OECD Rights and Translation Unit, Public Affairs and Communications Directorate unter: rights@oecd.org oder per Fax: +33 (0)1 45 24 99 30.

OECD Rights and Translation unit (PAC)
2 rue André-Pascal, 75116
Paris, France

Besuchen Sie unsere Website www.oecd.org/rights

